

# Wahl-Zeitung

## Halle'sche Neueste Nachrichten ♦ handelsblatt für Mitteldeutschland

Die „Wahl-Zeitung“ erscheint an jedem Montag nachmittags. Der monatliche Bezugspreis durch Post an beträgt 1,50 Reichsmark, durch Abholung bei den Verlegern 1,40 Reichsmark. Durch die D. L. S. Goldmark an 40 Wochenposten 1,50 Reichsmark. Die Einzelhefte kosten 10 Pfennige. Die Abnehmer werden nach Namen-Listen benachrichtigt. Die Zahl der Hefen 60. Druck-Verlag: Halle, Leipzigerstr. 12. Druck: Druckhaus „Halle“.

# England und die Sicherheit Frankreichs.

## Neues in Kürze.

### Drahtmeldungen und Radiotelegramme.

Der Parteivorstand der Deutschnationalen Volkspartei überließ die Regelung der Frage des Parteivorstandes der auf den 21. Februar einberufenen Parteivollversammlung.

Oberbürgermeister Dr. Jarres übernahm gestern wieder die Leitung der Stadtratsverwaltung. Dr. Jarres dankte für die ihm seitens der Bürgergeist, der städtischen Beamten und der Angehörigen entbotenen Willkommensgrüße und den freundschaftlichen Empfang.

In Dresden hat gestern die Konferenz der Finanzminister der deutschen Länder im Finanzministeriumsgebäude begonnen. Den Vorsitz führt der sächsische Finanzminister Dr. Reinhold.

Seitige 3. Febr. Wie verlautet, findet wenige Wochen nach dem Abschluß gegen die deutsche Liga, der am 10. Februar beginnt, ein weiterer umfangreicher Sommerprozess gegen die bekannten kommunistischen Führer vor dem Staatsgerichtshof zum Schluß der Republik hier. U. a. sind angeklagt die Mitglieder der kommunistischen Parteizentrale in Berlin Kemmerle, Stocker, Koenen, Köhler, Hecker, Wessler, Linbau und Kelly Schmidt. Auch dieser Prozess wird mehrere Wochen in Anspruch nehmen.

In London wurde eine neue Finanzierungs-gesellschaft gegründet unter dem Namen Industrial Finance Investment Corporation mit einem Kapital von 1 Million Pfund. Die Gesellschaft beschäftigt, besonders Unternehmungen in Zentralamerika zu finanzieren und arbeitet zusammen mit der Continental Trust Company in New York.

Rom, 3. Febr. Infolge der Marktpreissteigerung des Weizens hat die Regierung in Rom wiederum die Erhöhung des Brotpreises um 20 Centesimi per Kilo verfügt. Weizenliche Anordnungen sind in verschiedenen Städten Italiens erfolgt.

In Rom wurde gestern der zweite Jahrestag der Gründung der Nationalfront feierlich begangen. Mussolini und der König nahmen an der Feier teil und hielten die guten Beziehungen zwischen Heer und Volk.

Auf Ersuchen der bulgarischen Regierung hat der Völkerbund die gemeinsame Untersuchung der Minderheitsfrage trotz der Weigerung Griechenlands angeordnet. Griechenland hat mit beiderseitiger Zustimmung den größten Teil seiner bulgarischen Untertanen aus ihrem Eigentum über die Landesgrenzen vertrieben. Es handelt sich um fast 5 Millionen Menschen, die in dem kleinen, verarmten Bulgarien zunächst gar nicht unterzubringen sind.

Die griechische Protestnote gegen die Ausweisung des Patriarchen aus Konstantinopel ist gestern in London eingetroffen. Griechenland erklärt die Ausweisung einen feindsüchtigen Akt, erklärt sich aber bereit, den Streit durch den Hoheren Schiedsgericht entscheiden zu lassen. Sollte die Türkei den Schiedspruch ablehnen, so verlangt Griechenland die Intervention des Völkerbundes, das der Frieden in Gefahr ist.

Aus Konstantinopel wird dem Pariser „Matin“ berichtet, daß Mustafa Kemal Pascha wegen der drohenden politischen Lage, beabsichtigt habe, schnellstens nach Angora zurückzukehren.

In Stuttgart fand zum Auenstein Tennis eine große kommunistische Kundgebung statt, an der 1500 Personen teilnahmen. Die Versammlung verlief ruhig.

Der oberste Gerichtshof in Washington hat es abgelehnt, der Schweizer Nationalen Versicherungsgesellschaft für auf 1 Million Dollar geschätztes Eigentum zurückzuführen, das dem Teufelshäuser für das fremde Eigentum nach dem Kriege beschlagnahmt worden war. Der Gerichtshof begründete seine Entscheidung damit, daß die Beschlagnahme rechtmäßig ist, da die Gesellschaft mit Deutschland während des Krieges Geschäfte angeschlossen habe. — Die Entscheidung ist ein hartes Urteil. Denn nach bisherigem Vorkurs war selbst das feindsüchtige Privatvermögen unerschüttert. Jetzt soll sogar das neutrale Privatvermögen der Beschlagnahme unterliegen.

## Lloyd George gegen dauernde Besetzung des Rheinlands.

Die Erklärung des englischen Außenministers Chamberlain, der den Ton und Charakter der letzten Rede Dr. Rathenau als notwendig bezeichnet hatte, wird in der englischen Presse als Ausdruck seiner einseitigen Stellungnahme zugunsten Frankreichs stark kritisiert. Besonders aber erregt man sich sehr darüber, daß Herriot in seiner großen Rede im Reichstag auf dauernde Besetzung des Rheinlandes geltend gemacht hat, falls England und Amerika nicht das Genfer Protokoll oder ein ähnliches Garantieabkommen annehmen.

### Deutschlands Entlassung nur ein Vorwand.

Die Londoner „Daily Chronicle“ hat Blatt Lloyd Georges, lag in einem Zeitartikel: Herriot habe in seiner Rede die Frage der Entlassung, die den Grund für die Nichträumung des Rheinlands sei, als Vorwand benutzt und verweigere die Rückstimmung mit einem guten Grund zu rechtfertigen nämlich dem, daß Frankreich durch Nichtinfraktion der englisch-amerikanischen Garantie ein Recht erworben habe, die Besetzung des Rheinlandes zu verlängern.

Das Blatt erklärt: Wir erkennen dies Argument nicht einen Augenblick an. Es behauptet weder ein legales noch ein moralisches Recht hierfür. Wir hoffen, daß die deutsche Regierung in nicht missverständlicher Weise Harmonien wird, daß sie die neue Lage nicht annimmt noch annehmen kann. Der Geist der Zusammenkunft darf nicht dazu verleiten, in grundsätzlichen Fragen zu kapitulieren. Hier liegt eine wirtschaftliche Gefahr. Chamberlain hat uns bereits Grund zum Unbehagen gegeben, als er auf der Pariser Konferenz, erwiderte die deutsche Abweisung von der Unmöglichkeit des Abtrünnens preisgab. Diesen Fehler darf nicht der noch größere folgen, die Behauptung unüberprüfbar zu lassen, daß Frankreich das Rheinland unbegrenzte Zeit besetzen dürfe, wenn wir nicht das Genfer Protokoll ratifizieren oder irgendeine andere Verpflichtung eingehen.

## Braun versucht es weiter.

Zur Frage der Regierungsbildung in Preußen teilen die Blätter mit: Ministerpräsident Braun legte gestern dem Fraktionsvorsitzenden der Deutschen Nationalen Volkspartei, Abgeordneten Dr. v. Campe, die Frage vor, ob die Fraktion der Deutschen Nationalen Volkspartei bereit sei, unter feiner Ministerpräsidentschaft an der Regierung teilzunehmen und ob sie im Falle der Erneuerung bereit sei, einem Kabinett der Weimarer Koalition gegenüber eine vereinte Haltung einzunehmen. Campe hat zur Antwort eine Sitzung der Fraktion bis zum nächsten Freitag anberaumt, und vertritt die Meinung der Fraktion dem Ministerpräsidenten bis Donnerstag mitzuteilen. Die entscheidende Beratung über Annahme oder Ablehnung der vereinten Haltung einschließlich der Frage der Ausschüttung vor diesem Termin nicht stattfinden. Die Zentrumsfraktion ist nach mehreren Werten wiederum an den Landeshaupmann Horion anwesend wegen Übernahme der Ministerpräsidentschaft in Preußen herzutreten. Herriot soll in den nächsten Tagen nach Berlin kommen, um sich mit den Führern der Zentrumsfraktion in Verbindung zu setzen.

Ueber die Frage, ob Ministerpräsident Braun ein Kabinett zustande bringen wird, erfahren wir von unparteiischer Seite, daß eine andere Lösung als eine solche mit der Deutschen Volkspartei ausgeschlossen erscheint. Wie wir dazu aus Kreisen der Deutschen Volkspartei erfahren, war die Fragestellung, um die es sich bei der heutigen Besprechung handelte, bereits gestellt, ob die Deutsche Volkspartei die Koalition zurückgehen wolle. Diese Frage wurde verneint. Eine andere Lösungsmöglichkeit, die in dem oben Gesagten angedeutet wird, müßte Gegenstand einer neuen Besprechung sein. In Diskussionen der Kreise nimmt man an, daß Braun bei Aufzug zur Kabinettsbildung zurückgeben wird.

## Der Bauernbund fordert ausreichenden Schutz.

Von der gestern in Berlin zusammengetretenen Vertretertagung des Deutschen Bauernbundes wurde einstimmig eine Entschließung angenommen, in der der Vorstand und Ausschüsse ihre vollkommene Zustimmung zu den Bemerkungen ausdrücken die Berücksichtigung eines Schutzgesetzes mit ausreichendem Schutz herbeizuführen. Angehörig der Haltung der Sozialdemokratie werden, um während der langen Fortdauer der Sondergesetzgebung ein ausreichendes Schutz zu ermöglichen, die notwendige gesetzliche Regelung im Reich nur durch eine Mehrheit über die Entscheidung finden, die weder direkt noch indirekt auf die Stimmen der Sozialdemokratie angewiesen ist.

besetzen dürfe, wenn wir nicht das Genfer Protokoll ratifizieren oder irgendeine andere Verpflichtung eingehen. Eine ähnliche Haltung nehmen der „Düffeler“ (senkrecht) die „Daily News“, die „Sunday Times“ und der „Daily Telegraph“ ein. Man wird sich nicht erübeln, die Bedeutung hervorzuheben, die das Problem der Sicherheit Frankreichs für Frankreich selbst und für ganz Europa hat. Auch das englische Kabinett wird sich laut Mitteilung des Daily Telegraph in dieser Woche mit der Frage befassen und bereit die Richtung der Erwägungen an, die der „Düffeler“ deutlicher dahin ausdrückt:

Der einzige Answeg sei ein dreifaches Abkommen zwischen Großbritannien, Frankreich und Deutschland das die Stabilität in Westeuropa sichere. Es kann keine andere Maßnahme mit der Frage der Stabilität der Länder östlich von Deutschland besetzen. Die Bedingung für die weitere Verlängerung ist natürlich die Räumung des Rheinlandes.

Wir erinnern an dem bereits vor 8 Tagen von uns veröffentlichten Aufsatz von Frau v. Dierckh, in der auf den in der letzten neuen Annäherung zwischen England und Frankreich liegenden. Umänderung in der „Weltpolitik“ hingewiesen wurde. Tatsächlich dürfte angeht dieses Abkommens ein Ansehlich Deutschland, „ein dreifaches Abkommen“ am mindesten für Deutschland sehr ersehnt zu werden sein, wenn wir die Notwendigkeit der Stabilität und des dauerhaften Friedens zwischen Frankreich und England-Frankreich verneinen wollen. Allerdings ist das „Wie“ dieses Abkommens angeht die Haltung Herriot's vorläufig in seiner Rede erstattet.

Auf finanzpolitischem Gebiet betont der Vertretertagung nach wie vor die unbedingte Notwendigkeit, eine vollkommen gleiche Belastung der verschiedenen Betriebsgruppen herbeizuführen und vor allem eine starke Herabsetzung der Steuerbelastung in ihrer Gesamtheit bei Reich und Ländern. Er erwartet, daß die Kredite auch den bürgerlichen Organisationen in ausreichendem Maße zur Verfügung gestellt werden. Schließlich erhebt die Vertretertagung energig den Protest gegen die vertragswidrige Verlängerung der Besetzung der Kölner Zone.

## Deutschnationale und Landwirtschaft gegen Schädigung des Mittelstandes.

In der gestrigen Parteivorstandssitzung der Deutschnationalen nahm der Vorstand mit Dank Kenntnis davon, daß die landwirtschaftlichen Spitzenorganisationen einem Uebergehen des landwirtschaftlichen Genossenschaftswesens auf die Gebiete des städtischen gewerblichen Mittelstandes entgegenwirken wollen. So ist u. a. die geplante Gründung einer großen Profabrik in Berlin ausgehen worden. Der Parteivorstand richtete an alle Parteimitglieder das dringende Ersuchen, sich an allen Unternehmungen fernzuhalten, die geeignet sind, den im keine wirtschaftliche Erhaltung schwer eingetragenen Geschäfts- und kaufmännischen Mittelstand zu schädigen.

## Sozialdemokraten und die Auslandsdeutschen.

Die Votendebatte, die am Freitag im Reichstags-Haus stattfand, hat infolge der Erregung in preussischen Kreisen die Aufmerksamkeit der Sozialdemokraten gefunden, die sie verbündet und die ihr sonst zu teil geworden wäre. Wenn auch die Reichstagsrede die Rede des Reichstags von Freitag-Vorreden gebührend berücksichtigt hat, ist die Entscheidung des Reichstags nicht mit dem Reichstags-Votum abgelesen worden. So muß dem wenigstens nachträglich unterliegen werden, daß er sich als würdiger Genosse des Herrn Reichstags erwies, indem er alle Greuelen der Polen damit zu entschuldigen suchte, daß das alte Preußen die Polen mitarbeitete habe. Er hat damit den Herren in Warschau eben die Waffen geliefert wie Preußen den Franzosen. Darüber hinaus griff er Reichstags von Freitag-Vorreden an seiner halbsüchtigen Verharmlosung des Auslandsdeutschen an und wollte ihm das Recht abspüren, über deutsche Fragen mitzureden. Die Auslandsdeutschen werden es ihm und seiner Partei nicht verzeihen, wenn er ihre Feinde unterstützt hat.

## Die französische Botschaft beim Vatikan wird aufgehoben.

Herriot's Tat. Nach langen Debatten in der Pariser Kammer über die von der Linken geforderte und von der Rechten heftig bekämpfte Aufhebung der französischen Botschaft beim päpstlichen Stuhl ließ Ministerpräsident Herriot gestern namens der Regierung die Vertrauensfrage gegen die von der Rechten beantragte Rücknahme des Artikels des Subjektiv für auswärtige Angelegenheiten an den Finanzauschuß der Kammer. Die Kammer hat den Antrag auf Rückverlegung des Artikels 9 des Subjektiv für auswärtige Angelegenheiten an den Finanzauschuß der Kammer abgelehnt. Damit hat die Kammer die Botschaft der französischen Botschaft beim Vatikan zugestimmt.

Besteht man die ganz rechtsgerichtete Red Herriot's über die Nichträumung Kölns mit seine ganz linksgerichteten Stellung in der Kultur lampfrage, so gewinnt man einen immerhin sehr reichen Einblick in Herriot's Tat: offenbar will er die Außenpolitik in Hand mit der Rechten, also im Sinne Courciers und Genossen führen, dagegen die Innenpolitik im Sinne der Linken. Möglich, daß er damit beide Gruppen betrieblig — aber auf die Dauer beide vor der Kopf löst. Aber für uns Deutsche ist nur seine Außenpolitik wesentlich, und sie läßt kaum eine Hoffung auf alle den Hoffnungen bestehen, die unser Staatsrat immer wieder auf Herriot setzt.

## „Ungeheure Ersparnisse!“

Rüchlich las ich: „Ungeheure Ersparnisse!“ so hat Müllerant in „Reine Nationalität“ hat Herriot in der Kammer gesprochen. Im Grunde ist beides baskische. Man sieht also hier zwei Gegner, die völlig zueinander sind: Man kann die Druckerpresse nicht — um alten Eisen tun, ohne unter Budget ganz energisch herabzusetzen. Sehr schön, aber immer sind es die Herren von der Opposition, die von ungeheuren „Ersparnissen“ sprechen. Wären sie in der Regierung, dann würden sie genau so vergeblich wie die, die sie heute „unerhörte Verschwendung“ nennen.

Die Kritik ist leicht, das Sparen schwer. Rüchlich wollte der Senat die Staatskasse gegen die Forderung der Beamten schützen, von denen viele, das muß man sagen, in einer traurigen finanziellen Lage sind. Aber nicht lange konnte der Senat widerstehen. Immerhin, er war fünf Minuten lang sehr stark. Aber das war schon wieder ein Kongreß der Beamten aller Art den der Reichstag, eine Organisation zu begründen, die bei den nächsten Wahlen die widerwertigen Senatoren bekämpfen soll.

Ihre Redner haben unter begeisterten Beifall erklärt: „Wir werden diesen alten Kerls das Fell vom Leibe ziehen. Die gegen unsere Julage von 500 Jahren gestimmt haben, sie sollen uns kennen lernen. Unser Einkuß ist groß und wir werden ihn nutzen. Wieder mit Euch, ihr falschen Senatoren, die ihr vergeblich der Staat das sind wir, und nichts existiert ohne unsere Erlaubnis.“

Diese Kriegserklärung beunruhigt die bedrohten Senatoren. Nicht ganz mit Unrecht. Einer von ihnen hat mir gesagt: „Ich habe nach bestem Gewissen gestimmt, indem ich lediglich das Gesamtinteresse des Landes im Auge hatte. Zum Dank dafür will ein Nest von Privatinteressen mich fressen. Jetzt sehe ich ein: die wahre Weisheit besteht darin, von Ersparnissen sehr bereit zu sprechen, aber sich ganz gehörig zu halten. Ersparnisse zu machen.“

So ist es, wahrhaftig. Die Parlamentarier und ihre Minister können den Waffeln keine Widerstand leisten, die mit gutem Grunde etwas mehr Margarine zu ihrem Speisestück haben wollen. Nach viel weniger können sie ihnen sagen: „Jetzt ist es genug. Wir be-willigen keine höheren Ausgaben. Im Gegenteil, wir leben sie herab.“ Leider ist es so. Um „ungeheure Ersparnisse“ zu verwirklichen, müßte man Abge-

